

Rede von Johannes Rau über eine europäische Verfassung (Strasbourg, 4. April 2001)

Quelle: Ansprache des deutschen Bundespräsidenten Johannes Rau. [ONLINE]. [Straßburg]: Europäisches Parlament, [12.07.2005]. Verfügbar unter

[HTTP://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?SAME_LEVEL=1&LEVEL=4&NAV=S&LSTDOC=Y&MODE-CRE=SEARCH&DETAIL=3-231&PUBREF=-//EP//TEXT+CRE+20010404+ITEM-015+DOC+XML+V0//DE](http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?SAME_LEVEL=1&LEVEL=4&NAV=S&LSTDOC=Y&MODE-CRE=SEARCH&DETAIL=3-231&PUBREF=-//EP//TEXT+CRE+20010404+ITEM-015+DOC+XML+V0//DE).

Urheberrecht: (c) Europäisches Parlament

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_johannes_rau_uber_eine_europaische_verfassung_strasbourg_4_april_2001-de-51cefd1-8d46-4bde-b800-b5132904407e.html

Publication date: 05/09/2012

Ansprache des deutschen Bundespräsidenten Johannes Rau (4. April 2001)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin, ganz herzlich für die Einladung, heute vor diesem Hohen Haus meine Gedanken über die künftige Gestalt Europas vorzutragen.

Europa wird für seine Bürger immer konkreter, immer greifbarer, weil es sie immer unmittelbarer betrifft. In 271 Tagen werden die Bürgerinnen und Bürger in zwölf europäischen Ländern eine einheitliche Währung in ihren Portemonnaies haben. Wir reisen frei in Europa, vom Nordkap bis Gibraltar. Aber fühlen wir uns auch als Europäer?

Ich empfinde es so, wie das ein großer europäischer Journalist, der Italiener Luigi Barzini, einmal formuliert hat, "... dass wir trotz der unbestreitbaren großen Vielfalt und Unterschiedlichkeit im Grunde alle Menschen eines Schlages sind..."

Wir haben einen reichen Vorrat gemeinsamer Traditionen, darauf hat auch Winston Churchill in seiner berühmten Züricher Rede vom September 1946 hingewiesen. Für ihn bestand das gemeinsame europäische Erbe aus dem christlichen Glauben und der christlichen Ethik, aus der Kultur, den Künsten, der Philosophie und der Wissenschaft, vom Altertum bis zur Neuzeit.

Wir alle kennen auch ganz aktuelle Beispiele dafür, dass es gemeinsame Interessen Europas gibt. Zwingt nicht spätestens die Globalisierung uns Europäer dazu, uns bewusst zu werden, dass die Vielfalt unseres kulturellen Reichtums nicht zum Spielball oder zum Opfer der weltweiten Uniformierung durch globale Medienmächte wird, dass die Herausforderung unserer Werte durch Fundamentalisten und ethnische Säuberungen in Europa von uns eine gemeinsame Antwort verlangen, dass der Markt nicht bindungslos sein darf, sondern sozial und ökologisch gebändigt sein soll?

Wir erleben heute, wie groß die Anziehungskraft der Europäischen Union auf viele Länder ist. Das hat gewiss ganz praktische Gründe, und es stimmt ja, die Europäische Union mehrt den Nutzen aller ihrer Mitglieder. Aber sie ist eben mehr als eine bloße Zweckgemeinschaft. Europa, das ist eine bestimmte Vorstellung von menschlicher Existenz, vom Zusammenleben der Menschen. Darum bemühen wir uns immer wieder, die Freiheit des Einzelnen und seine Verantwortung für Gesellschaft und Gemeinschaft ins Gleichgewicht zu bringen.

Auch die größten Visionäre der fünfziger Jahre hätten sich nicht träumen lassen, welche konkrete Gestalt die europäische Einigung annehmen, auf wie viele Bereiche sie sich erstrecken würde. Die Erfolge gemeinsamen Handelns sollten uns bestärken, uns zu neuen Zielen aufzumachen. Selbstkritisch müssen wir aber feststellen, dass es neben breiter Zustimmung bei vielen Bürgerinnen und Bürgern auch Skepsis, ja Misstrauen bis hin zur Ablehnung des europäischen Einigungsprojektes gibt.

Wichtig scheint mir, dass sich Zweifel und Kritik nicht so sehr gegen einzelne Schritte und ihre Auswirkungen richten. Den Allermeisten ist bewusst, wie viel es bedeutet, nach Jahrhunderten der Gegnerschaft gemeinsam in Frieden zu leben, wie sehr es uns gelungen ist, unseren Wohlstand gemeinsam zu mehren, wie viele Vorteile der Binnenmarkt unseren Unternehmen bietet, wie viel besser wir in europäischer Zusammenarbeit forschen können, dass es ein Fortschritt ist, sich ohne größere Schwierigkeiten in anderen europäischen Ländern niederlassen zu können oder dass immer mehr Ausbildungsabschlüsse europaweit anerkannt sind.

Die Sorgen der Menschen in Europa haben doch mit der Antwort auf die Frage zu tun, wie der schwer durchschaubare Einigungsprozess organisiert wird und welchen Einfluss sie darauf zu haben scheinen. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen zu Recht: Wer sitzt eigentlich auf der Lokomotive des europäischen Einigungszuges? Welche Geschwindigkeitsvorschriften hat dieser Zug? Welche Verkehrsregeln? Wie und wo werden die Weichen gestellt? Welche Wagen werden an oder abgekoppelt? Und, wohin geht die Reise?

Das sind keine akademischen Fragen. Das sind Fragen, die in allen Ländern Europas der Souverän, das Volk, stellt. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass über all diese Fragen niemand anders entscheiden darf als der Souverän in jeder unserer europäischen Demokratien, das Volk.

Nun höre ich manchmal, ein demokratischer Prozess im traditionellen Sinne sei in Europa schon deshalb nicht möglich, weil es kein einheitliches europäisches Staatsvolk gebe. Gewiss gibt es heute kein europäisches Staatsvolk und keine europäische Öffentlichkeit in der Qualität, wie es sie in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gibt. Aber das sollte uns nicht hindern, die Grundsätze der Demokratie auf europäischer Ebene zu stärken.

(Beifall)

Demokratie, recht verstanden, heißt ja auch nichts anderes, als dass Menschen, die zu einem bestimmten Zweck gemeinsam handeln wollen, sich dafür gemeinsame Regeln und Verfahren schaffen. Dem widerspricht durchaus nicht, dass diese Menschen im übrigen ganz unterschiedliche Interessen haben und dass sie diese Unterschiede auch gewahrt wissen wollen.

Genau darum geht es in Europa. Bestimmte Ziele und Interessen wollen wir gemeinsam verfolgen und zugleich die Vielfalt der europäischen Länder und Nationen erhalten, die die Grundlage und die bereichernde Besonderheit der Europäischen Union sind. Daran wird und daran soll sich auch in Zukunft nichts ändern.

Wir müssen also die Fragen beantworten: Wie können wir die Europäische Union so organisieren, dass die Bürgerinnen und Bürger sich besser in ihr zurechtfinden? Was müssen wir tun, damit die Entscheidungen der Europäischen Union auch auf europäischer Ebene breiter legitimiert sind? Wie soll schließlich der organisatorische Rahmen aussehen? Die Antwort darauf kann nach meiner festen Überzeugung nur lauten: Wir brauchen eine europäische Verfassung.

(Beifall)

Die europäische Verfassung ist nicht der Schlussstein des europäischen Bauwerkes, sie muss zu seinem Fundament werden. Die europäische Verfassung sollte festlegen, dass Europa kein zentralistischer Superstaat wird, sondern dass wir eine „Föderation der Nationalstaaten“ aufbauen. Ich bin mir dessen bewusst, dass die Begriffe „Verfassung“ und „Föderation“ manchem in Europa suspekt erscheinen. Ist das aber nicht oft nur ein Streit um Begriffe? Ich bin zuversichtlich, dass wir uns über die Substanz dessen, was gemeint ist, leichter werden verständigen können als über diese Begriffe. Dann müssen wir aber über Inhalte diskutieren, statt über Begriffe zu streiten.

(Beifall)

Die europäische Verfassung muss das Ergebnis einer breiten Diskussion in allen Ländern sein. In der Debatte gibt es skeptische und kritische Stimmen. Es gibt viele gewichtige Einwände, die ich auch da ernst nehme, wo ich selber anderer Auffassung bin. Mit einigen möchte ich mich heute auseinandersetzen, und ich möchte Ihnen erläutern, wie ich mir eine europäische Verfassung und den Weg dorthin vorstelle.

Jeder weitere Schritt im Einigungsprozess, so lautet ein häufig gegen eine Verfassung vorgetragenes Argument, sei ein weiterer Schritt hin zu einem europäischen „Superstaat“ und zur Abschaffung der Nationalstaaten. Wer aber, wie ich, für eine Föderation der Nationalstaaten eintritt, der will das ganze Gegenteil! Wenn wir die Europäische Union als eine Föderation von Nationalstaaten wollen, dann verbessern wir die demokratische Legitimation für gemeinschaftliches Handeln und sichern zugleich den Nationalstaaten die Kompetenzen, die sie behalten wollen und sollen. Neue Zuständigkeiten können Europa nur dann übertragen werden, wenn alle Mitglieder der Föderation dem in einem transparenten und in einem demokratisch kontrollierten Verfahren zustimmen.

Erhaltenes zu bewahren, Unerwünschtes zu verhindern und offen zu bleiben für Neues – das ist die

Grundlage einer Verfassung für eine Föderation der Nationalstaaten. Darüber möchte ich gerne sprechen.

Niemand will die Nationalstaaten und ihre Souveränität beseitigen – im Gegenteil: Wir werden sie in all ihren Unterschieden noch lange brauchen als Garanten der Vielfalt in Europa. Föderation der Nationalstaaten, so lautet ein manchmal verdeckt und manchmal offen vorgetragenes Argument: Wird da Europa nicht in Wirklichkeit „à la Bundesrepublik Deutschland“ buchstabiert?! Wer genau hinschaut, der wird jedoch feststellen, dass die Idee einer Föderation aus ganz anderen Gründen Zustimmung findet. Die staatlichen Ordnungen unserer europäischen Länder sind historisch gewachsen, oder, anders formuliert: Sie sind unterschiedliche, aber gleichwertige demokratische Antworten auf bestimmte historische Entwicklungen. Und gerade weil die europäische Entwicklung nicht hin zu einem Einheitsstaat läuft und nicht laufen soll, müssen wir ein Ordnungsprinzip finden, das diesem Willen entspricht, das unsere unterschiedlichen Traditionen wahrt und zugleich auf der Höhe der Zeit ist. Dieses Ordnungsprinzip ist die Föderation.